

Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Kanzlei der Bürgerschaft

26.09.2018

Protokoll

der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen
am Mittwoch, 26. September 2018, im Senatssaal des Rathauses

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:06 Uhr

Anwesenheit

Herr André Bleckmann

Frau Bettina Bruns

Herr Jan Evers

Frau Yvonne Görs

Herr Heiko Jaap

Herr Dr. Andreas Kerath

Herr Stefan Schuppa

in Vertretung von Herrn Markus Kolbe

Herr Patrick Leithold

in Vertretung von Herrn Jörg König

Herr Alexander Krüger

Herr Thomas Mundt

Herr Walter Noak

Herr Dr. Sascha Ott

Herr Daniel Seiffert

in Vertretung von Frau Birgit Socher

Herr Dr. Rainer Steffens

Frau Brigitte Witt

Verwaltung

Frau Nadine Hoffmann

Herr Winfried Kremer

Frau Anna Gatzke

Frau Ines Gömer

Herr Achim Lerm

Frau Franziska Peters

Herr Thilo Kaiser

Herr Peter Lubs

Frau Beate Schinkel

Frau Dr. Agnes Oestreich

Frau Angela Baas

Frau Diana Schleer

Frau Katrin Teetz

Frau Barbara Breier

Herr Gero Maas

Frau Martina Pietz

Herr Erik Wilde

Gäste

Herr Jens Maladinsky – Yachtclub Wieck e. V.

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift vom 27.08.2018
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
5. Beschlusskontrolle
6. Diskussion von Beschlussvorlagen
 - 6.1. 3. Änderungssatzung der Benutzungs- und Gebührensatzung für die kommunalen Kindertagesstätten der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. I, Eigenbetrieb Hanse-Kinder
 - 6.2. Zukünftige Ausgestaltung der Stelle des Kinderbeauftragten
Dez. I, Familienbeauftragte
 - 6.3. Kommunale Förderung des Psychosozialen Zentrums für Asylsuchende und MigrantInnen mit der Außenstelle MOLE 2019 - 2020
Dez. I, Integrationsbeauftragte
 - 6.4. Durchführung von Personalmaßnahmen im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung 2019/2020
Dez. I, Amt 10
 - 6.5. Einführung und Begleitung der systematischen Umsetzung der Umstellung auf die Regelungen des § 2b UStG in der UHGW
Dez. I, Amt 20
 - 6.6. Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen für das Produkt 36100 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege – Anteil der Wohnsitzgemeinde an den Platzkosten
Dez. I, Amt 41
 - 6.7. Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Herstellung notwendiger Stellplätze und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder sowie über die Erhebung von Ablösebeträgen für notwendige Stellplätze und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder (Stellplatz- und Fahrradabstellplatzsatzung)
Dez. II, Amt 60
 - 6.8. Beschluss zum Ausbau des Knotenpunktes Ernst-Thälmann-Ring/Makarenkostraße sowie zur Abschnittsbildung, Kostenspaltung und Klassifizierung für die Abrechnung der Straßenbaumaßnahme nach der Straßenbaubeitragssatzung
Dez. II, Amt 60
 - 6.9. Neufassung der Satzung zur Förderung des Sports in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. I, Amt 41
 - 6.10. Hafengebührensatzung 2019/2020/2021 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. II, Amt 66
 - 6.11. Neuausrichtung der Liegenschaftspolitik
SPD-Fraktion

7. Information der Verwaltung
8. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder
9. Informationen des Ausschussvorsitzenden
10. Sitzungsende

TOP 1. Eröffnung der Sitzung

Herr Mundt eröffnet die Sitzung mit 14 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern.

TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Zu einigen Beschlussvorlagen gibt es neue Versionen:

TOP 6.1 „3. Änderungssatzung der Benutzungs- und Gebührensatzung für die kommunalen Kindertagesstätten“

TOP 6.3 „Kommunale Förderung des Psychosozialen Zentrums für Asylsuchende und MigrantInnen mit der Außenstelle MOLE 2019 - 2020“

TOP 6.4 „Durchführung von Personalmaßnahmen im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung 2019/2020“

TOP 6.9 „Neufassung der Satzung zur Förderung des Sports in der UHGW“

Zusätzlich werden Änderungsanträge bekannt gegeben:

- zum TOP 6.7 Änderungsantrag der SPD zur „Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Herstellung notwendiger Stellplätze und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder sowie über die Erhebung von Ablösebeträgen für notwendige Stellplätze und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder“,
 - zum TOP 6.8 Änderungsantrag der SPD zum „Beschluss zum Ausbau des Knotenpunktes Ernst-Thälmann-Ring/Makarenkostraße sowie zur Abschnittsbildung, Kostenspaltung und Klassifizierung für die Abrechnung der Straßenbaumaßnahme nach der Straßenbaubeitragsatzung“,
 - zum TOP 6.10 Änderungsantrag der SPD zur „Hafengebührensatzung 2019/2020/2021 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“.
-

Über die geänderte Tagesordnung wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen

TOP 3. Bestätigung der Niederschrift vom 27.08.2018

Es gibt keinen Änderungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen
3 Stimmenthaltungen

TOP 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Der Vorsitzende des Yachtclubs Wieck e. V., Herr Jens Maladinsky, wirbt für die Neufassung der Satzung zur Förderung des Sports. Mit der neuen Satzung könnten die Vereine (drei Segelvereine und der Angelverein) leben. Herr Maladinsky bietet Gesprächsbereitschaft in den Fraktionen an.

TOP 5. Beschlusskontrolle

TOP 6. Diskussion von Beschlussvorlagen

TOP 6.1. 3. Änderungssatzung der Benutzungs- und Gebührensatzung für die kommunalen Kindertagesstätten der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/1539.1 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung

TOP 6.2. Zukünftige Ausgestaltung der Stelle des Kinderbeauftragten

06/1565 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen
3 Stimmenthaltungen

TOP 6.3. Kommunale Förderung des Psychosozialen Zentrums für Asylsuchende und MigrantInnen mit der Außenstelle MOLE 2019-2020

06/1566.1 Herr Maas betont, dass trotz dieser sinnvollen Maßnahme immer ein zusätzlicher Eigenanteil der Stadt zu leisten sei und dieser den Haushalt der Stadt belasten werde. Auch stellt sich die Frage einer Beteiligung durch den Landkreis.

Frau Bruns befürwortet diese Förderung.

Frau Gatzke erklärt, dass in den Jahren 2016, 2017 und 2018 die Ausgaben für die Kofinanzierung der MOLE aus den Zuweisungen von Mitteln für flüchtlingsbedingte

Mehrbelastungen refinanziert wurden. Diese Mittel sind auch in den Jahren 2019 und 2020 zu erwarten (eingeplant sind 60.000 EUR; berechnen sich immer nach der Anzahl der anerkannten Geflüchteten, dementsprechend ist zu erwarten, dass diese Mittel sogar höher ausfallen werden). Erläuterungen zur Finanzierung: 75 % sind EU-Mittel, 80.000 EUR steuert das Land M-V bei, der Träger selbst hat einen Eigenmittelanteil von mehr als 10 %, und der Anteil der Stadt liegt bei etwa 4 %. Die Gesamtkosten belaufen sich auf ca. 745.000 EUR; betroffen sind neun Personalstellen in Teilzeit.

Frau Baas ergänzt, dass über die flüchtlingsbedingten Mehraufwendungen eine Refinanzierung des städtischen Anteils erfolgt und man Projekte zur Abrechnung dieser Mehraufwendungen nachweisen muss. Von den im Plan aufgenommenen 60.000 EUR für 2019/2020 werden auch teilweise die Personalkosten der Beauftragten finanziert. Das Projekt belastet zwar erst einmal den städtischen Haushalt, refinanziert sich aber.

Herr Noack und Herr Jaap möchten wissen, was passiert, wenn die Stadt sich finanziell nicht beteiligt.

Dazu erklärt Frau Gatzke, dass das Projekt vom Fördermittelgeber nur befürwortet wird, wenn die Finanzierung steht. Was im Falle einer Enthaltung der Stadt passieren könnte, kann Frau Gatzke derzeit nicht sagen, wird sie aber bis zur Bürgerschaftssitzung klären.

Des Weiteren regt Frau Baas eine Beteiligung des Landkreises an.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen
3 Gegenstimmen
(Herr Dr. Ott ist der Sitzung beigetreten.)

TOP 6.4. Durchführung von Personalmaßnahmen im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung 2019/2020

06/1538.1 Herr Maas bringt die Vorlage ein. Er erklärt, warum es unabdingbar ist, neue Stellen zu schaffen und Befristungen aufzuheben beziehungsweise zu verlängern.

Herr Dr. Steffens wird aufgrund des erst heute übersandten Entwurfes des Haushaltsplanes 2019/2020 der Vorlage nicht zustimmen; das Vertrauen in Bezug auf die Personalstellen im letzten Haushalt ist noch nicht wiederhergestellt.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen
4 Gegenstimmen
2 Stimmenthaltungen

TOP 6.5. Einführung und Begleitung der systematischen Umsetzung der Umstellung auf die Regelungen des § 2b UStG in der UHGW

06/1573 Herr Evers findet es überzogen, für die systematische Umsetzung der Umstellung auf die Regelungen des § 2b UStG in der UHGW 65.000 EUR aufzuwenden.

Herr Maas begründet, dass die Kollegin, die ursprünglich dafür eingestellt wurde,

hauptsächlich Jahresabschlussarbeiten durchführt. Derzeitig gibt es in der Kämmerei keine Kapazitäten, sich mit dieser Materie zu beschäftigen. Deshalb wird angestrebt, innerhalb des Übergangszeitraumes bis 2021 das Umstellungskonzept zu § 2b UStG durch einen externen Dienstleister begleiten und umsetzen zu lassen.

Frau Bruns wünscht sich eine Vorstellung dessen, was für 65.000 EUR an Leistungen eingekauft wird (nächster Finanzausschuss).

Über die Vorlage wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen
1 Gegenstimme

TOP 6.6. Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen für das Produkt 36100 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege – Anteil der Wohnsitzgemeinde an den Platzkosten

06/1560 Bezüglich der aufgeführten Deckungsquelle (Erträge Gewerbesteuer) möchte Herr Dr. Kerath Auskunft über das Mehrergebnis an Steuern. Herr Maas wird diese Information bis zum Hauptausschuss erbringen und ebenfalls diese dem Protokoll beifügen.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen

TOP 6.7. Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Herstellung notwendiger Stellplätze und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder sowie über die Erhebung von Ablösebeträgen für notwendige Stellplätze und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder (Stellplatz- und Fahrradabstellplatzsatzung)

06/1563 Aufgrund eines Verwaltungsurteiles Greifswald muss die oben genannte Satzung nach der aktuellen Rechtsprechung angepasst und ergänzt werden, so Herr Wilde. Es gibt Defizite im Baugenehmigungsverfahren bei der Steuerung von Fahrradstellplätzen. Bauherren sollen künftig verpflichtet werden, Fahrradstellplätze auf ihren Grundstücken oder in angemessener Entfernung zu schaffen. Wer dies nicht kann, muss Ablösebeiträge je nach Lage des Hauses im Stadtgebiet zahlen. Die neue Satzung beinhaltet sowohl die Größe, Anzahl und Beschaffenheit sowie die Ablösebeträge der Fahrradabstellplätze als auch eine Aktualisierung der Ablösebeträge für Kfz-Stellplätze.

Auf die Frage von Frau Bruns, wie die Kfz-Stellplätze für Behinderte geregelt werden, erklärt Herr Kaiser, dass mit den Bauanträgen bei größeren Baumaßnahmen darauf geachtet wird, eine Niederschlagung in der Satzung wird geprüft.

Bei geförderten Wohnbauvorhaben, so Herr Kaiser, gibt es keine Möglichkeit, diese Satzung anzuwenden, denn hier müssen die Vorgaben durch das Land beachtet werden.

Frau Görs informiert, dass vonseiten der Verwaltung im Bauausschuss mitgeteilt wurde, einige Änderungen aus dem SPD-Antrag zu übernehmen.

Herr Kaiser wird die Stellungnahme der Verwaltung zum Änderungsantrag der SPD dem

Protokoll beifügen.

Herr Krüger regt an, die Parkplatzmöglichkeiten für Menschen mit Handicap und deren Elektromobilität in dieser Satzung zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen
6 Gegenstimmen
4 Stimmenthaltungen

Anmerkung der Protokollantin:

Die Stellungnahme der Verwaltung zum Änderungsantrag der SPD wird laut Auskunft des Stadtbauamtes dem Protokoll nicht beigefügt, da es zwischenzeitlich hierzu einen neuen Sachstand gibt und die Beschlussvorlage überarbeitet wurde.

TOP 6.7.1. Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Herstellung notwendiger Stellplätze und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder sowie über die Erhebung von Ablösebeträgen für notwendige Stellplätze und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder (Stellplatz- und Fahrradabstellplatzsatzung) SPD-Fraktion

06/1594 Im Änderungsantrag fordert die SPD-Fraktion unter anderem bei Abstellanlagen für wenigstens zehn Räder mindestens 25 % der Plätze mit verschließbaren Boxen und ebenfalls ein Viertel mit Lademöglichkeiten für Elektrofahrzeuge auszustatten. Zusätzlich sollen Flächen für Kinder- und Lastenanhänger sowie E-Scooter geschaffen werden.

Die von der Verwaltung wie bisher veranschlagten 80 % der durchschnittlichen Herstellungskosten als Ablösesumme soll auf 100 % hochgesetzt werden.

Des Weiteren bekommen Investoren die Möglichkeit, bei Vorlage eines qualifizierten Mobilitätskonzeptes eine Befreiung oder Aussetzung der Zahlung des Stellplatzablösebetrages zu erhalten.

Bezüglich E-Scooter informiert Herr Kaiser, dass diese nach dem Gesetz keine Fahrräder sind und somit nicht Bestandteil der Satzung sein können. Inwiefern sie in der Satzung aufgenommen werden können, muss geprüft werden.

Die Vorlage eines qualifizierten Mobilitätskonzeptes wäre zwar keine schlechte Idee, aber leider nicht wirklich kontrollierbar.

Herr Dr. Ott appelliert, den Investoren bei der Unterbringung von Fahrrädern keine Vorschriften zu machen.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen
8 Gegenstimmen
5 Stimmenthaltungen

TOP 6.8. 06/1513 **Beschluss zum Ausbau des Knotenpunktes Ernst-Thälmann-Ring/Makarenkostraße sowie zur Abschnittsbildung, Kostenspaltung und Klassifizierung für die Abrechnung der Straßenbaumaßnahme nach der Straßenbaubeitragssatzung**

(Anmerkung: Es wurde die Diskussion zu beiden Vorlagen unter TOP 6.8.1 abgehandelt.)

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen
5 Gegenstimmen
2 Stimmenthaltungen

TOP 6.8.1. 06/1589 **Beschluss zum Ausbau des Knotenpunktes Ernst-Thälmann-Ring/ Makarenkostraße sowie zur Abschnittsbildung, Kostenspaltung und Klassifizierung für die Abrechnung der Straßenbaumaßnahme nach der Straßenbaubeitragssatzung - SPD-Fraktion**

Die Verwaltungsvorlage soll um Ziffer 6 ergänzt werden, damit bereits bei den Planungen zum Ausbau des Knotenpunktes der Straßen die Wünsche und Bedenken der Anlieger berücksichtigt, eingearbeitet und den Gremien zur Kontrolle vorgelegt werden.

Herr Wilde informiert über bereits durchgeführte Gespräche mit der Ortsteilvertretung und dem A.-v.-Humboldt-Gymnasium und der angrenzenden E.-Weinert-Schule, wo Fragen zur Plankomplexität geklärt werden konnten. Die Hinweise aus dem Änderungsantrag beziehen sich auf die Ausführungsplanung, momentan wird aber noch über den Entwurf geredet.

Herr Krüger möchte Informationen, warum die Verwaltung den Kreisel mit vier Abzweigen geplant hat und warum die Planung vom Kreisel an der Lomonossowallee hier keine Anwendung findet. Die Erklärung hierzu liegt in der Änderung der gesetzlichen Grundlagen (Kreisel dürfen so nicht mehr gebaut werden), so Herr Kaiser.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen
5 Gegenstimmen
5 Stimmenthaltungen

TOP 6.9. 06/1520.1 **Neufassung der Satzung zur Förderung des Sports in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald**

Herr Dr. Steffens informiert über die gestrige Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Kultur, wo Frau Felkl ausführlich zu der überarbeiteten Vorlage der Verwaltung berichtete. Teilweise sind in der überarbeiteten Vorlage die Änderungsvorschläge der CDU und der SPD aufgenommen worden. In diesem Zusammenhang versprach Frau Felkl eine Aufstellung aller übernommenen Änderungen.

Herr Dr. Steffens schlägt vor, die Aufstellung abzuwarten und dann erst die Abstimmung zur Bürgerschaftssitzung vorzunehmen.

Die Abstimmung über die Vorlage insgesamt wird zurückgestellt.

TOP 6.9.1. Änderung der Neufassung der Satzung zur Förderung des Sports in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/1584 Auf die Frage von Herrn Dr. Kerath, wie hoch die Differenz bei den Bewirtschaftungskosten nach alter und neuer Satzung wäre, erklärt Frau Hoffmann:

Rückerstattung Pachtkosten (in 2018) nach alter Satzung (100 %, 80 %, 50 %) = 64.365,12 EUR

Rückerstattung Pachtkosten (ab 2019) nach neuer Satzung (90 %, 75 %, 50%) = 58.089,16 EUR.

Des Weiteren vergleicht sie den Verwaltungsvorschlag mit dem Änderungsvorschlag der CDU zur Bezuschussung der Liegegebühren (im Stadthafen Wieck).

Zu folgenden Punkten aus der Sportfördersatzung werden Abstimmungen durchgeführt:

Abstimmung zu § 6.1 (1) Beibehaltung der alten Sätze für die Rückerstattung der Pachtkosten (100 %, 80 %, 50 %) – Änderungsantrag der CDU

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen
2 Stimmenthaltungen
(Frau Bruns ist nicht im Raum)

Abstimmung zu 6.5 (3) Bezuschussung der Liegegebühren – Änderungsantrag der CDU

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen
1 Gegenstimme
7 Stimmenthaltungen
(Frau Bruns ist nicht im Raum)

TOP 6.10. Hafengebührensatzung 2019/2020/2021 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/1522 Herr Dr. Kerath spricht seine Verwunderung aus, dass die Vorlage ohne jegliche Veränderung erneut im Gremienlauf ist. Hier wird wiederholt die Art des Umgangs miteinander zur Sprache gebracht.

Das Kommunalabgabengesetz schreibt zwingend vor, Gebühren kostendeckend zu kalkulieren. Der in der Vorlage aufgeführte Synergieeffekt begründet keine Ausnahme.

Die Zahlen der Berechnungen in der Hafengebührensatzung der Verwaltung sind nicht nachvollziehbar. Herr Dr. Kerath verweist auf seine Gebührenberechnung mit verlässlichen Zahlen vom WSA im Änderungsantrag. Mit diesen Zahlen lässt sich eine kostendeckende Hafengebühr berechnen (> 3 EUR/BRZ).

Außerdem sollte die alte Regelung im § 7 zur Befreiung für die Segelboote wieder aufgenommen werden.

Des Weiteren wird von der SPD-Fraktion der Antrag für die Erstellung von zwei Hafengebührensatzungen (Bereich Seehafen Ladebow; Bereich Hafen Wieck und Stadthafen) gestellt.

Durch eine teilweise kontroverse Diskussion muss Herr Mundt die Ausschussmitglieder ermahnen, eine sachliche Diskussion durchzuführen und verbale Angriffe auf Verwaltungsmitarbeiter zu unterlassen.

Herr Krüger ergänzt, dass die Verwaltung auf die Anfrage zur Erstellung von zwei Hafengebührensatzungen im Hauptausschuss bislang nicht reagiert hat (wurde im Vorfeld des Gremienlaufes erwartet).

Herr Lubs bezieht zu den aufgeworfenen Fragen Stellung: Festgelegt wurde im letzten Hauptausschuss, die Sportfördersatzung und die Hafengebührensatzung in einem Gremienlauf durchzuziehen. Der Wunsch, die Hafengebührensatzung in zwei Satzungen aufzuteilen, wurde dort vom Oberbürgermeister abgelehnt.

Der CDU-Vorschlag vom 03.09.2018, die Hafengebühren für den Industriehafen Ladebow entsprechend der Gebührensätze des Hafens Vierow festzusetzen, wurde vom Rechtsamt geprüft, wäre rechtlich möglich, würde aber ein erhebliches Defizit im Haushalt bedeuten.

Der Vorschlag der SPD vom 24.09.2018 mit einer Steigerung auf 500 % der Hafengebühren wird von Herr Lubs für „sittenwidrig“ gehalten.

Herr Evers bemängelt, dass die Sachkosten in der Einzelkalkulation ohne Kostensteigerung (Inflation) gerechnet wurden. Überdies ist ihm bei der Abschreibung von Spundwänden aufgefallen, dass die Stadt hier 50 Jahre veranschlagt hat, aber laut Abschreibungstabelle des Bundesministeriums für Finanzen diese in 20 Jahren abgeschrieben sind. Auf seine Anmerkungen in der letzten Sitzung zum Gebrauch von gängigen Abkürzungen in der Hafengebührensatzung wurde nicht eingegangen, auch fehlt weiterhin das geforderte Anlagenverzeichnis zu den Wirtschaftsgütern mit den Abschreibungssätzen.

Herr Leithold stellt einen Antrag zur weiteren Verfahrensweise: Die Abstimmungen über die Hafengebührensatzung (sowohl über die Änderungsanträge als auch der Satzung an sich) wird so lange zurückgestellt, bis die Verwaltung alle noch offenen Fragen beantwortet hat.

Über diesen Antrag wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen
3 Gegenstimmen
2 Stimmenthaltungen

Über die Vorlage wird nicht abgestimmt.

TOP 6.10.1. Änderungsantrag zur Vorlage "Hafengebührensatzung 2019/ 2020/ 2021 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald - 06/1522"

06/1571 Keine Abstimmung.

TOP 6.10.2. Hafengebührensatzung 2019/2020/2021 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/1601 Keine Abstimmung.

TOP 6.11. Neuausrichtung der Liegenschaftspolitik

06/1576 Herr Dr. Kerath erklärt das Anliegen der Beschlussvorlage: Die Verwaltung soll in Zukunft in verstärktem Maße unbebaute Flächen erwerben und gesetzlich eingeräumte Vorkaufsrechte ausüben.

Herr Kremer informiert, dass ein Vorkaufsrecht nur ausgeübt werden kann, wenn ein konkreter Bebauungsplan dahinter steht. Die Verwaltung hat eine Abteilung (Grundstücksabteilung), wo systematisch alle Vorkaufsrechte geprüft werden. Auch Zwangsversteigerungen und Möglichkeiten des Ankaufes von Land, die sich aus Erbengemeinschaften ergeben könnten, werden beachtet. Langfristig muss man dann auch über Umnutzungen von Kleingartenanlagen nachdenken; diese Option steht für die SPD-Fraktion nicht.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen
6 Gegenstimmen
3 Stimmenthaltungen

TOP 7. Information der Verwaltung

Herr Maas informiert zur Deckungsquelle zum Punkt 6.6, dass der Planansatz für Gewerbesteuer ca. 17,5 Mio. EUR, die Schätzung im Juni 18 Mio. EUR und das Anordnungssoll 19,3 Mio. EUR beträgt; das Ist beläuft sich derzeit auf 14,4 Mio. EUR.

Der Haushaltsplan wurde im ersten Entwurf versandt; die Präsentation wird im Vorfeld zum Protokoll per E-Mail an die Ausschussmitglieder geschickt. Ziel ist die Beschlussfassung des Haushaltes in der Dezembersitzung.

Herr Dr. Kerath bittet um Zusendung eines kompletten Haushaltes bis Mitte Oktober. Für Ende November wird eine Sondersitzung des Ausschusses zum Haushalt anvisiert.

Herr Kremer berichtet anhand einer PowerPoint-Präsentation zu den derzeit im Bau befindlichen Hochbauvorhaben der UHGW (siehe Anlage zum Protokoll).

TOP 8. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

Herr Krüger regt bezüglich der Hafengebührensatzung an, dass sich die Fraktionen nochmals mit der Verwaltung zusammensetzen.

TOP 9. Informationen des Ausschussvorsitzenden

Keine.

TOP 10. Sitzungsende

Die Sitzung wird um 20:06 Uhr beendet.

gez.
Thomas Mundt
Ausschussvorsitzender

gez.
Birgit Rosolski
für das Protokoll